

Vorbereitung des außerordentlichen Parteitag der SED

Für einen alternativen demokratischen Sozialismus

Diskussionsstandpunkt des Arbeitsausschusses zu der von der Basis ausgehenden Neuformierung der SED als moderne sozialistische Partei

Antifaschisten und viele Menschen guten Willens haben sich seit dem Ende des zweiten Weltkrieges für den Aufbau eines anderen, besseren Deutschlands eingesetzt...

schon Frage im Rahmen eines zu schaffenden europäischen Sicherheitssystems. Diese Chance müssen wir nutzen. Wir treten dafür ein, die deutsche Frage nicht deutsch-national, sondern im Sinne der Demokratisierung und Entmilitarisierung Europas zu lösen...

dem Vereinbarungen zu Termin und Verfahren freier Wahlen und zum verfassungsgebenden Prozeß getroffen werden.

III.

Es sind folgende dringliche Aufgaben zu lösen: 1. Bei den Gesprächen an den Runden Tischen muß sofort ein Konsens hergestellt werden...

Deshalb ist zwischen allen politischen Parteien und Bewegungen Übereinstimmung zu erzielen, bei welchen Angriffen auf Menschen, Sachen und Einrichtungen auch staatliche Gewalt eingesetzt werden darf.

„Plattform WF“: Für eine moderne sozialistische Partei

Die Vertreter der „Plattform WF“ stimmen der Erklärung des Arbeitsausschusses „Für einen alternativen demokratischen Sozialismus“ zu. Weil es darin um den Bruch mit der stalinistischen Daseinsweise der SED und um die Formierung einer modernen sozialistischen Partei geht.

Die SED trägt die Schuld an der tiefsten Krise in der Geschichte der DDR. Diese Partei ist gescheitert.

- Deshalb: - Schluß mit der stalinistischen Einparteiensherrschaft über unser Land! - Schluß mit einer Struktur, die den Apparat über die Partei stellt! - Schluß mit der politbürokratischen Administration über alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens! - Schluß mit Demagogie, Amtsmissbrauch und Korruption!

Deswegen muß die Neuformierung einer modernen sozialistischen Partei mit einer grundsätzlichen programmatischen Wende verbunden sein, hin zu einem Dritten Weg. Wir wählen diesen Begriff ganz bewußt, um deutlich zu machen, daß wir den administrativen Sozialismus nicht erneuern, daß wir aber auch keine monopolkapitalistische Gesellschaft importieren wollen.

Volke ringt und sich dessen Sehnsüchte und Erwartungen zu eigen macht. Wir verstehen diese erneuerte Partei als eine im Ensemble aller demokratischen Parteien und Kräfte in unserem Land.

demokratischen Staates und der Rechte der Bürger ausgeht. Daraus ergibt sich eine neue Aufgabenstellung für das Amt für Nationale Sicherheit, die zu einer Einschränkung seiner Strukturen und seines Mitarbeiterbestandes führen wird.

II.

Alles muß getan werden, damit auf der Basis von Gewaltlosigkeit, Toleranz und gemeinsamer Verantwortung die Grundlagen unseres täglichen Lebens erhalten werden. Die Lebensinteressen der Bürgerinnen und Bürger erfordern ein Funktionieren der Versorgungssysteme, des Schutzes der Rechte jedes einzelnen, der Verwirklichung der Grundinteressen aller sozialen Gruppen, der Frauen und Männer, der Kinder, Jugendlichen und Alten dieses Landes.

Wir treten im Interesse einer rückhaltlosen Aufklärung aller Vergehen und Verbrechen von Partei- und Staatsfunktionären für eine Sicherheitspartnerschaft aller gesellschaftlichen und staatlichen Untersuchungsausschüsse ein. Die rechtlichen und sonstigen Bedingungen der Arbeit der Bürgerkomitees müssen unbedingt gewährleistet werden.

Gerade unter den Bedingungen der einseitigen radikalen Wirtschaftsreform und der stärkeren Einbindung der DDR-Wirtschaft in die internationale Arbeitsteilung ist eine energische und kompetente Interessenvertretung der Betriebsbelegschaften durch arbeitsfähige Gewerkschaften oder durch Betriebsräte unbedingt erforderlich.

Unsere Partei strebt einen gesellschaftlichen Konsens als Grundlage politischer Entscheidungen an. Deshalb treten wir für einen Runden Tisch ein, an

mitteln erhalten und vielfältige Formen der tatsächlichen Verfügung der Werkstätigen darüber herstellen.

Durch die Besetzung von administrativ-zentralistischen Hemmnissen muß das Interesse wirtschaftender Einheiten an marktfähigen Leistungen und Produkten in vollem Maße zur Geltung gebracht werden.

Der Staat muß durch Gesetzgebung und Planung Rahmenbedingungen festlegen, die eine hohe Effektivität der wirtschaftenden Einheiten mit den ökologischen und sozialen Interessen verbinden.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sollten die Produzenten in Industrie und Landwirtschaft die notwendige Entscheidungsfreiheit erhalten und an ihren Ergebnissen direkt und ausreichend beteiligt werden.

IV.

Die Kommunen sind am Ergebnis der wirtschaftenden Einheiten in ihren Territorien angemessen zu beteiligen.

Gleichzeitig ist durch Gesetzgebung die demokratische Mitwirkung der Werkstätigen und ihrer Gewerkschaften in den Betrieben in umfassender Weise zu sichern.

Schnellstens sind die gesetzlichen Voraussetzungen für umfassende wirtschaftliche Kooperationsbeziehungen der Produzenten und der Kommunen mit den Betrieben und Firmen sowohl der sozialistischen als auch der kapitalistischen Staaten zu schaffen.

Wir sind für die demokratische Erneuerung des politischen Systems in der DDR. Das bedingt die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Die Trennung der gesetzgebenden, der ausübenden und der rechtsprechenden Gewalt ist juristisch und tatsächlich zu garantieren.

Wir sind für die Ausarbeitung eines neuen Verfassungsvertrags, Verwaltungs- und Strafrechts sowie für die Durchführung einer umfassenden Verwaltungsreform.

Wir sind für die Durchführung freier, geheimer und gleicher Wahlen zum frühestmöglichen Zeitpunkt, der von allen politischen Kräften gemeinsam festgelegt werden muß.

Wir sind dafür, daß ab sofort bis zu den Wahlen alle neu entstandenen demokratischen, politischen Bewegungen und Kräfte in die notwendige Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Wir schlagen vor, daß die staatlichen Organe dafür die notwendigen Bedingungen schaffen. Wir sind dafür, daß die SED prüft, in welchem Umfang sie selbst Unterstützung geben kann.

Die Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR ist ohne eine aktive Teilnahme von Kirchen und Religionsgemeinschaften undenkbar.

Wir treten dafür ein, daß alle Reserven zur Stärkung der Wirtschaft genutzt werden. Wir denken dabei an die Reduzierung des gesamten Verwaltungsaufwandes, an die Einbeziehung von Teilen der Staatsreserve bis hin zu allen Möglichkeiten, die sich aus weiteren Abrüstungsschritten ergeben.

Die Wirtschaftsreform muß sofort beginnen. Dabei wollen wir das gesellschaftliche Eigentum an Grund und Boden und den anderen wichtigsten Produktions-

Wissenschaft, Bildung, Literatur und Kunst und ein hohes Niveau der Kultur in Produktion und Alltag. Wir wollen die Chance nutzen, den Sozialismus auch als alternative kulturelle Lebensform zu verstehen und zu gestalten.

In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist die Gefahr groß, daß geistige Reichtum und hohen moralischen Ansprüchen der materielle Boden entzogen wird.

Es wird vorgeschlagen, alle Kontroll- und Überwachungsmechanismen auf kulturellem Gebiet einzusparen bzw. auf notwendige Verwaltungsaufgaben zu reduzieren.

Wir unterstützen die Entwicklung einer modernen Medienkultur mit sozialistischer Orientierung und dem freien Zugang aller zu Informationen und kulturellen Gütern.

Sicherheitsorgane, die im Dienst des Volkes stehen

Die Parteitagdelegierten aus dem Amt für Nationale Sicherheit haben aus ihrer Mitte einen Arbeitsausschuß gewählt, der anstelle der Kreisleitung die politische Arbeit der Parteioorganisation im Amt leitet.

Wir werden mit dem Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des Sonderparteitages konstruktiv zusammenarbeiten. Als Parteimitglieder im Amt für Nationale Sicherheit treten wir mit aller Konsequenz dafür ein, mit den Fehlern der Vergangenheit gründlich abzurechnen.

Das Volk und auch die Parteibasis haben nicht nur einen Sozialismus stalinistischer Prägung, sondern auch die darauf basierende Politik der sogenannten totalen Sicherheit abgelehnt.

Das ehemalige MfS wurde zunehmend mit Aufgaben betraut, die ihm nicht zustanden. Es war falsch, politische Probleme in der Gesellschaft mit strafrechtlichen und administrativen Mitteln lösen zu wollen.

Der Rücktritt des Kollegiums und die weiteren Kaderveränderungen finden unsere Zustimmung. Darin sehen wir erste Garantien für einen ehrlichen Neubeginn.

Nicht Vertuschen und halbherziges Zugeben unter Druck der Öffentlichkeit, sondern bedingungslose Aufklärung von Fehlentwicklungen ohne Ansehen der Person sind dringend weiter geboten.

Wir unterstreichen die besondere Verantwortung der DDR und der BRD für die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hauses. Diese Herausforderung sollte sich in einer qualifizierten Vertragsgemeinschaft beider Staaten niederschlagen.

Die Hauptstadt der DDR, Berlin, und Berlin (West) sollten eine solche Zusammenarbeit entwickeln, die sie zu einer Drehscheibe des wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Lebens in Europa macht.

Unsere Partei bekennt sich uneingeschränkt zu ihrem Bündnis mit der KPdSU und tritt für die allseitige Ausgestaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR ein.

Wir werden alle Bestrebungen unterstützen, die die Freundschaft des Volkes der DDR mit den Nachbarvölkern der VR Polen und der CSSR sowie aller Staaten befördern. Die SED bekennt sich voll und ganz zu den Bündnisverpflichtungen der DDR im Warschauer Vertrag.

Unsere Partei entwickelt aktive Beziehungen zu kommunistischen, sozialistischen und anderen linken Bewegungen, die sich für einen demokratischen Sozialismus einsetzen.

Zur Lösung der globalen Probleme der Menschheit, insbesondere zur Sicherung des Friedens, zur Abrüstung sowie zur Überwindung der ökologischen Krise und Zurückdrängung der Unterentwicklung, leistet unsere Partei ihren konstruktiven Beitrag.

tischen Situation bekennen wir uns zu unserer Pflicht, den Frieden, die Souveränität der DDR, ihre erneuerte sozialistische Entwicklung und die Rechte der Bürger zu schützen. Darin sehen wir gemeinsam mit den Patrioten, Kundschaftern und allen uns unterstützenden Kräften des Volkes unseren Beitrag zur revolutionären Erneuerung des Sozialismus. Getreu den antifaschistischen und humanistischen Traditionen unseres Staates werden wir jeglichen Erscheinungsformen des Neofaschismus, allen Angriffen gegen die verfassungsmäßige Ordnung mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die Verfassung, die Richtlinien der Volkskammer, die Regierungserklärung, die Beschlüsse des Ministerrates, das sozialistische Recht und die Einhaltung der Gesetzmäßigkeit sind uns Orientierungs- und Handlungsgrundlage. Wir sind der Meinung, daß Sicherheitspartnerschaft, Humanismus und Rechtssicherheit für alle gelten, auch für unsere Mitarbeiter, ihre Familien und jene Bürger, die die Arbeit des Amtes unterstützen.

Wir stellen uns den von der Volkskammer beauftragten Kontrollorganen. Wir sprechen uns für eine besonnene Sicherheitspartnerschaft aus, die aber die Besetzung von Objekten des Amtes für Nationale Sicherheit ausschließt, da sie jeglicher Rechtsstaatlichkeit widerspricht.

Wir, die Parteitagdelegierten, mit dem Mandat unserer Parteibasis, wirken auf dem Sonderparteitag für die Erneuerung unserer Partei zu einer modernen sozialistischen Partei des Volkes.

Wir treten für breiteste demokratische Mitwirkung der Parteimitglieder bei der Ausarbeitung, Durchsetzung und Kontrolle aller zu fassenden Beschlüsse ein.

Anzeigen und Mitteilungen den Verfahren zugeordnet

Erste Bilanz der Untersuchungen des Sicherheitsamtes

Berlin (ADN). Der am vergangenen Dienstag gegründete Konsultationspunkt der Hauptabteilung Untersuchung im Amt für Nationale Sicherheit hat am Donnerstag in einer Pressemitteilung eine erste Zwischenbilanz seiner Tätigkeit zur umfassenden Aufklärung von Straftaten im Zusammenhang mit Korruption und Amtsmissbrauch und der Begünstigung solcher Handlungen vorgenommen.

Ermittlungsverfahren zugeordnet werden, weitere werden schnellstmöglich und ernsthaft geprüft.

Die Bürger bekundeten in den Gesprächen Vertrauen in die Tätigkeit dieses staatlichen Untersuchungsorgans, äußerten zugleich aber Ängste und Befürchtungen angesichts zunehmender Tendenzen der Außerkräftsetzung von Recht und Gesetz.

Die Mitarbeiter des Konsultationspunktes bitten um weitere Hinweise an den Konsultationspunkt Berlin-Lichtenberg, Alfredstraße 11, Telefon: Berlin 5 92 47 34. Über ihre weitere Arbeit werde laufend informiert.

Kommission sichert die Akten im Archiv

Leipzig (ADN). Einsicht in Videofilme sowie sensible Bereiche wie Waffenkammern des Leipziger Bezirksamtes für Nationale Sicherheit (ANS) erhält das Bürgerkomitee der Messestadt. Dies geht aus einer gemeinsamen Presseerklärung des Komitees, eines Regierungsvertreters, des Ministeriums für Innere Angelegenheiten und des Leiters des ANS-Bezirksamtes hervor.

Schwerin (ADN). Die vorläufige Schließung des Schweriner Bezirksamtes für Nationale Sicherheit verfügte in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag eine Regierungskommission in Absprache mit Bürgern und Pressevertretern. Die Untersuchungskommission versucht in den nächsten Tagen, die in dem Archiv sowie im Zellentrakt vorgefundenen Akten vor einer möglichen Vernichtung zu sichern und zu sichten.

Suhl (ADN). Die Gründung einer gemeinsamen Kommission war am Mittwoch in Suhl ein weiterer Schritt, um ungesetzliche Maßnahmen und Vertuschungsversuche des Sicherheitsapparates aufzudecken. Ihr gehörten neben Vertretern des Demokratischen Aufbruchs, der Kirche, der SDP und des Neuen Forums auch die Mitglieder der zeitweiligen Kommission des Bezirksamtes zur Aufklärung von Korruption und Amtsmissbrauch an.

Vom Umgang mit der Medienfreiheit

Podiumsgespräch um gesetzliche Regelungen und einen journalistischen Ehrenkodex

In dieser Zeit, da sich Zeitungen bis in ihren Kopf und die Sendungen der Funkmedien bis hin zum Wetterbericht wandeln, wird mehr gelesen, gehört, geschaut, als über die Medienpolitik diskutiert. Zu diesem Eindruck konnte man angesichts des vergleichsweise spärlichen Besuchs beim Podiumsgespräch am Mittwochabend in der Berliner Unterwasserstraße kommen.

deren Instrumente die Medien sind. Auf dieser Grundlage entwickelte Odermann Gedanken zu gesetzlichen Regelungen für die Medien.

Sie wolle nicht die Pressefreiheit in Frage stellen, sagte eine der Diskussionssteilnehmerinnen, doch bei einigen Veröffentlichungen der letzten Zeit fehle ihr das Gefühl für Verantwortung. Sie bezog sich auf Beiträge, in denen ihrer Meinung nach pauschale Verurteilungen von Außenhandelsunternehmen und ihrer Mitarbeiter erfolgen. Es gebe gegenwärtig eine Flut von Briefen, Hinweisen und Verdächtigungen, erwiderte Dieter Resch, gewählter stellvertretender Chefredakteur der „Berliner Zeitung“.

Prof. Wolfgang Kleinwächter vom Institut für internationale Studien Leipzig setzte sich in diesem Zusammenhang für einen „seriösen Aufklärungsjournalismus“ ein. Diese Fragestellung

habe eine juristische Dimension - in jedem Rechtsstaat ist Verleumdung ein Delikt -, aber auch eine ethisch-moralische. Hier sei der journalistische Berufsverband gefordert, einen Ehrenkodex ähnlich dem hippokratischen Eid der Ärzte zu erarbeiten. Angeregt wurde die Schaffung eines Presserates aus unabhängigen Persönlichkeiten, die Fälle aufgreifen und bewerten, ohne daß es zu gerichtlichen Urteilen kommt.

Auf eine Meldung der letzten Tage nahm Winfried Hanusch besorgt Bezug. Wie kann es Freiheit und Vielfalt der Meinungen auf der Basis eines demokratischen Sozialismus geben, wenn Springer eventuell 49 Prozent der Aktien eines Verlages hält? Das Mediengesetz müsse Schutzmechanismen enthalten, die einen politischen Einfluß verhindern, antwortete Anselm Glücksmann. Doch sofort folgte die Rückfrage: Und wenn dann Springer sein Geld einfach zurückzieht? Die Vorstellungen der Fachleute blieben vage.

Frank Herold

Regierung appelliert erneut...

(Fortsetzung von Seite 1)

für habe er Verständnis. Deshalb habe er seit Mittwoch in jedem Bezirk einen Bevollmächtigten, der in seinem persönlichen Auftrag tätig ist und mit solchen Bürgerinitiativen zusammenwirken soll. Er habe angewiesen, daß Verordnungen über das Bespitzen von Bürgern und ähnliches sofort aufgehoben werden. Es müsse nach Modrows Worten erst Sicherheit für den Bürger dasein, so wie die Regierung es auch erklärt habe. „Aber ich möchte auch mit aller Entschiedenheit sagen: Es gilt überall da, wo Waffen sind, die Notwendigkeit, auch zu begreifen, daß hier eine Grenze besteht.“ Waffen müssen dort sein, wo sie hingehören, können nie in falsche Hände gegeben werden. Es ist notwendig zu begreifen, daß militärische Objekte der Nationalen Verteidigung auch gesichert bleiben müssen. Es dürfe nichts eintreten, was Unsicherheit ins Land bringt.

Mit aller Verantwortung wolle er sagen, daß jene, die Mißbrauch geübt haben und die noch glauben, es bliebe ein Feld dafür, wissen müssen: Diese Regierung wird jeder Sache dieser Art den Boden entziehen. Dazu sei bereits

eine Fülle von Maßnahmen getroffen worden.

Auf seine erste Begegnung mit Michail Gorbatschow am vergangenen Montag in Moskau eingehend, sagte Hans Modrow, sie habe ihm Kraft gegeben. Er habe das Gefühl gehabt, daß Modrow und Gorbatschow einen guten Faden spinnen könnten. Er übermittelte den Bürgern der DDR persönliche Grüße des Gastgäbers und die der Sowjetunion sowie die Versicherung, daß all das, was sich an demokratischer Erneuerung für den Sozialismus in der DDR vollzieht, die Unterstützung der UdSSR hat.

Auch mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Nikolai Ryskov, habe er Verhandlungen geführt. „Wir haben uns offen informiert über die Situation in unseren Ländern. Aber wir haben vor allem über das gesprochen, was unserer Wirtschaft für das Jahr 1990 eine feste Grundlage mit Verträgen der UdSSR gibt.“ So sei die Rohstoffbasis der DDR für eine solide Produktion des nächsten Jahres gewährleistet. An jeden einzelnen Werkstätigen in der DDR sei die Forderung gerichtet, so zu produzieren, daß wir unserem sowjetischen Partner ein zuverlässiger Lieferant sind.“

Die zugespitzte Situation war auch Hauptthema der Pressekonferenz von Regierungssprecher Meyer am Donnerstagnachmittag im Internationalen Pressezentrum in Berlin. Der Regierungssprecher dankte im Namen des Ministerrates allen, die zu einer Sicherheitspartnerschaft zwischen den Staatsorganen und Bürgerinitiativen bereit sind.

Dr. Schwanitz, Chef im Amt für Nationale Sicherheit, informierte, daß es in einigen Bezirken und Kreisen zu Gewalt und Androhung von Gewalt gegenüber Mitarbeitern des Amtes gekommen ist. Einige Dienststellen seien bereits nicht mehr arbeitsfähig. Die Mitarbeiter des Amtes würden für die falsche Sicherheitspolitik der ehemaligen Partei- und Staatsführung verantwortlich gemacht. Er appellierte an die Vernunft, Gewalttätigkeiten sofort einzustellen und die Probleme politisch zu lösen.

Auf die Frage nach der Vernichtung von Akten in Ämtern für Nationale Sicherheit antwortete Dr. Schwanitz, dazu habe er den Befehl erteilt. Es handle sich um Unterlagen und Dokumente, die auf der veralteten Sicherheitsdoktrin beruhten und da-

mit von der Zeit überholt gewesen seien.

In diesen Tagen - so Schwanitz - sei es in zahlreichen Bezirksamtern zu Übergriffen gekommen. Auf Seiten der Sicherheitsorgane gäbe es viele Verletzte. Ob die Gefahr eines Ausnahmezustandes drohe, wurde er gefragt. Eine solche Maßnahme sei „noch nicht im Gespräch“. Kein Gesetz der DDR sehe einen Ausnahmezustand vor.

Die Mitarbeiter hielten sich diszipliniert an die Befehle, gewaltfrei zu handeln. Er habe beföhlen, „keinen gezielten Schuß abzugeben“. Es werde jedoch mißbraucht, daß sich seine Mitarbeiter nur durch körperlichen Widerstand wehren könnten. In der entstandenen Situation sei die Schwelle zur Eskalation nur noch minimal. Es müsse befürchtet werden, daß dadurch der begonnene Prozeß der demokratischen Erneuerung einen wesentlichen Schaden erleidet und gehemmt wird.

Zu den weiteren Beschlüssen der Ministerratssitzung gehörten laut Meyer ein Gesetzentwurf zum Thema Joint Ventures. Verwiesen wurde auf weitere Beschlüsse zur Förderung des ambulanten Handels und zu nebenberuflicher Handelstätigkeit, auf eine Regelung sozialer und arbeitsrechtlicher Fragen für Mitarbeiter des Staatsapparates.